

Ich lasse abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8443**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Gegenstimmen? – CDU und FDP. – Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der SPD und der Abgeordnete Sagel. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8444**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Gegenstimmen? – CDU und FDP. – Enthaltungen? – Enthaltung der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Sagel. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich lasse nun abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8445**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. – Stimmenthaltungen? – Enthaltung des Abgeordneten Sagel. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Nun lasse ich über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8463 – Neudruck** – abstimmen. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das ist die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit lasse ich abstimmen über den Einzelplan 11 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8011**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich, die Hand aufzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 11 beschlossen**.

Wir kommen nun zum

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8010 und die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD der Frau Kollegin Schulze das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Unruhe)

Ich darf all diejenigen Kolleginnen und Kollegen bitten, die den Debatten zum Einzelplan 10 nicht unmittelbar hier im Plenarsaal folgen können, sondern das andernorts tun wollen, den Saal leise zu verlassen, damit die Rednerin am Mikrofon auch die Aufmerksamkeit des Hauses hat. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schade, dass Sie den Raum verlassen, weil Umweltpolitik ein sehr spannendes Thema ist. Es ist ein Thema, mit dem wir uns gerade angesichts des Klimawandels sehr intensiv beschäftigen sollten. Wir sollten uns auch intensiv damit beschäftigen, was in diesem Bereich passiert.

Sie wissen: Investitionen in die Umweltpolitik lohnen sich. Sie sorgen dafür, dass die Umwelt besser wird. Sie sorgen für eine bessere Gesundheit, sie sorgen für bessere Jobs, und sie sorgen natürlich auch für schönere Landschaften. Gute Umweltpolitik ist heute eine Investition in die Zukunft.

Auf der Bundesebene wurde das auch verstanden. Bundesminister Gabriel hat erst vor Kurzem stolz verkündet, dass sich der Umweltetat verdoppelt hat. Das SPD-Umweltministerium investiert also in die Zukunft.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach, Frau Kollegin, kommen Sie nicht mit dem Gabriel!)

Auf der Bundesebene ist erkannt worden, was für ein relevantes Thema das ist. In Nordrhein-Westfalen kann Minister Uhlenberg nur berichten, dass der Umweltetat hier die Melkkuh für die Finanzlöcher ist und dass es hier sogar schon so weit gekommen ist, dass der Wald in Nordrhein-Westfalen verkauft werden muss. In Nordrhein-Westfalen ist es so, Herr Papke, dass statt der Annahme der Herausforderung nur ein großer Ausverkauf stattfindet. Das hat maßgeblich mit Ihrer Fraktion zu tun.

Man kann sich das einmal ansehen im Bereich der Gesundheit: Was ist da passiert? Wir hatten einen Riesenkoalitionsstreit zwischen CDU und FDP zur Thematik der Feinstaubreduzierung. Der Umweltminister ist am Ende unterlegen.

Wie ist es mit Investitionen in Jobs im Bereich erneuerbare Energien? Da gibt es eine irrationale Politik gegen Windkraft, gegen erneuerbare Energien. Auch hier wird nicht in die Zukunft investiert. Wenn es um die schönen Landschaften geht, dann kann man sich den Ausverkauf des Staatswaldes ansehen. Das ist das, was CDU und FDP hier auf die Reihe bekommen.

Sinnbildlich ist das erst jüngst geworden. Es gab einen Bundesländervergleich zum Thema erneuerbare Energien: Nordrhein-Westfalen abgerutscht auf Platz 12. Noch schlimmer in der Frage techno-

logischer und wirtschaftlicher Wandel: Nordrhein-Westfalen auf dem vorletzten Platz.

Nordrhein-Westfalen war einmal das Energieland Nummer eins. Wir waren Vorreiter in Fragen der Umwelttechnik, des Klimaschutzes. Sie sind dabei, dieses wichtige Feld zu verspielen. Sie sind dabei, dort Zukunftschancen zu verspielen.

250.000 Menschen arbeiten heute in der Bundesrepublik im Bereich regenerative Energien. Man geht davon aus, dass sich diese Summe in zehn Jahren auf knapp 500.000 verdoppelt. Die SPD möchte, dass möglichst viele davon in Nordrhein-Westfalen Beschäftigung finden. CDU und FDP halten das für ein ideologisches Thema und arbeiten dagegen. Sie verspielen die Zukunftschancen von Nordrhein-Westfalen im Bereich der Umweltpolitik.

Tun Sie dann wenigstens etwas für den Naturschutz? In NRW sind im Naturschutz eine halbe Million Menschen aktiv, viele Ehrenamtler, die hier eine ganze Menge leisten. Was machen Sie? Kürzungen beim Landesbüro der Naturschutzverbände werden nicht zurückgenommen, die Stiftung Naturschutz, Heimat und Kulturpflege muss Kürzungen von fast 1 Million € und in diesem Jahr noch weitere Kürzungen hinnehmen. Das sind Projekte vor Ort, die nicht mehr gefördert werden können. Das sind Kommunen, das sind Ehrenamtler vor Ort, die nicht mehr unterstützt werden können. Auch der Umweltetat ist wieder Steinbruch für die Haushaltssanierung. Keine Investitionen in die Zukunft.

Was tun Sie für die Landschaften? Ausverkauf des Staatswaldes. Meine Kollegin Annette Watermann-Krass wird darauf eingehen. Wir haben aufgrund unserer Geschichte ohnehin nur recht wenig Staatswald in Nordrhein-Westfalen. Was macht ein CDU-geführtes Ministerium? Es sorgt dafür, dass dieser Anteil noch geringer wird. 21,5 Millionen € allein nur zur Sanierung des Haushalts aus Waldverkauf – das ist Ihr Ziel. Ausverkauf des Tafelsilbers statt Investitionen in die Zukunft.

(Beifall von der SPD)

Umweltschutz – abgemeldet in dieser Regierung.
Naturschutz – abgemeldet in dieser Regierung.

Schauen wir uns mal den Verbraucherschutz an. Da loben Sie sich ja immer so. Es gibt eine langfristige Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale, und diese Vereinbarung ist ein faktischer Kürzungsplan. 2005 gab es noch 14 Millionen €, jetzt sind es 10,9 Millionen €. Sie haben mit der Verbraucherzentrale ein festes Budget vereinbart.

Jetzt sollen mehr Beratungsstellen vor Ort entstehen, weil man einfach mehr Beratungsstellen braucht, sogar im Wahlkreis des Umweltministers. Jetzt gibt es gestiegene Energiekosten. Es gibt Löhne für die Tarifbeschäftigten. Und was macht diese Landesregierung? Sie lobt sich dafür, dass der Etat gleich bleibt. Es ist also eine faktische Kür-

zung, die da vorgenommen wird. Denn mir kann niemand erzählen, dass das einfach mal so zu erwirtschaften sei. Da wird faktisch gekürzt und nicht in die Zukunft investiert. Also: Verbraucherpolitik – auch eine Absage.

Meine Damen und Herren, man kann es in diesem Bereich ganz einfach zusammenfassen: Umwelt und der Umweltetat, der Einzelplan 10, das ist hier eine schwarz-gelbe Melkkuh. Aus diesem Etat wird immer nur Geld herausgenommen. Innovative Ideen in der Umweltpolitik, Zukunftsinvestitionen, Modelle, wie es weitergehen soll, dort die Arbeitsplatzpotenziale zu erkennen – keinerlei Ideen. Naturschutz – keinerlei Ideen. Verbraucherpolitik – keine Ideen von dieser Regierung.

Sie benutzen diesen Haushaltsetat als Steinbruch, um Ihren Haushalt in anderen Bereichen aufzustocken und Haushaltssanierung zu betreiben. Sie berauben damit Nordrhein-Westfalen ganz wichtiger Zukunftschancen.

Meine Damen und Herren, ich sage es hier ganz deutlich: Nordrhein-Westfalen wird auch in der Umweltpolitik deutlich unter Wert regiert. Das kann man leider erst 2010 wieder ändern. Daran arbeiten wir, und ich bin mir sicher, dass das auch klappt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Fasse für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wie viele Runden machen wir? Zwei oder drei?)

Marie-Luise Fasse (CDU): Zwei.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der seit dem Regierungswechsel eingeschlagene Sparkurs hat im Haushaltsjahr 2009 im Bereich des MUNLV seine Grenzen gefunden. Die mit der Konsolidierung einhergehenden Belastungen sind im Haushalt so aufgeteilt, dass ausreichende Mittel für eine zukunftsorientierte Politik vorhanden sind, Frau Schulze.

Ganz besondere Berücksichtigung finden dabei der Verbraucherschutz, der Schwerpunkt „Mehr Natur für Nordrhein-Westfalen“, der Hochwasserschutz, die Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die Gemeinschaftsaufgabe mit der Förderung der Agrarwirtschaft und den Landeskofinanzierungsmitteln der EU-Programme und insbesondere auch die Unterstützung des ländlichen Raums sowie die umweltbezogene Ausrichtung strukturpolitischer Maßnahmen.

Wenn man die Einmaleffekte aus 2008, nämlich den Innovationsfonds mit 10 Millionen €, das Sonderprogramm „Kyrill“ und den Rückgang der Einnah-

men aus der Abwasserabgabe, berücksichtigt, steigen die Ausgabenansätze gegenüber 2008 um 18,2 Millionen €. Es wird also nicht zulasten der Bürger und ohne jede Rücksicht gespart.

Auch 2009 ist wie schon in den vergangenen Jahren ein effektiver Hochwasserschutz ein Schwerpunkt des politischen Handelns. Durch Veränderungen des Klimas und durch starke Niederschläge wird die Gefährdung der Menschen und auch von Sachwerten größer. Deshalb wird der Etatansatz für Hochwasserschutz und auch für naturnahe Gewässergestaltung gegenüber 2008 um 13,5 Millionen € erhöht. Auch die begonnenen Hochwasserschutzkonzepte können damit erfolgreich und verstärkt fortgeführt werden.

Auch auf dem Gebiet des Naturschutzes begleitet der Haushalt 2009 in seiner finanziellen Ausstattung den bisherigen erfolgreichen Weg. Die Artenvielfalt soll in Zukunft erhalten und für den Bürger soll ein noch lebenswerteres Umfeld geschaffen werden. Naturschutz erhöht die Lebensqualität der Menschen, und zur Bewahrung der biologischen Vielfalt dient das erfolgreiche „Bündnis für die Natur“.

Die Mittel, Frau Schulze, für Naturschutzmaßnahmen sind von 6,9 Millionen € im Haushalt des vergangenen Jahres auf 15,2 Millionen € im Jahr 2009 aufgestockt worden.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Jawohl!)

Sie haben sich also mehr als verdoppelt und sollen entsprechend der Zukunftsplanung in den folgenden Jahren weiter ansteigen. Dadurch wird allen Bürgern der hohe Stellenwert eines effektiven Naturschutzes in der Landespolitik verdeutlicht.

Mit um über 45 % aufgestockten Haushaltsmitteln werden im Rahmen der Regionale 2010 Projekte in den Bereichen Naturschutz und Landschaftsentwicklung gefördert. So werden die Regionen in Nordrhein-Westfalen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet schwerpunktmäßig gestärkt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Dem Erhalt des Naturerbes dient auch das EU-Finanzierungsinstrument LIFE+. Hier sind für die Zukunft mehrjährige Projekte im Kreis Soest, im Arnsberger Wald und im Hochsauerlandkreis geplant, für die 1,75 Millionen € bereitgestellt werden.

Um auch weiterhin Bundesmittel für die Projekte Senne, Teutoburger Wald und den Naturpark Eggegebirge und Südlicher Teutoburger Wald zu erhalten, sieht der Haushalt ausreichende Kofinanzierungsmittel vor.

Eine tragende Säule auf dem Gebiet des Naturschutzes ist der Vertragsnaturschutz. Er wird in bewährter Form auch im Jahr 2009 fortgeführt. Für die Verlängerung auslaufender Bewilligungen und die Einbeziehung neuer Flächen stehen 950.000 € zur Verfügung. Um die Biodiversität zu stärken,

sollen die Vertragsnaturschutzflächen auf 30.000 ha ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat das Ziel, den täglichen Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 5 ha zu reduzieren. Nur auf diese Weise kann der Zerschneidung von Landschaften, der Zerstörung von Biotopen, von landwirtschaftlichen Flächen und Erholungsgebieten für Menschen entgegengewirkt werden. Dies ist ein erklärtes Ziel des Zusammenschlusses „Allianz für die Fläche“.

Auch die National- und Naturparke können hier nicht unerwähnt bleiben. Der Nationalpark Eifel ist in naturschutzfachlicher und auch in touristischer Sicht ein Paradebeispiel. Die Politik steht der Einrichtung eines weiteren Nationalparks im Siebengebirge positiv gegenüber.

Auch die von unserem Ministerpräsidenten ins Leben gerufene Initiative „100 neue Alleen“ ist ein Erfolgsmodell. Bis jetzt wurden 73 km Alleen angelegt. Es ist zu erwarten, dass im Jahre 2010 das Ziel von 100 Alleen erreicht wird.

Ein erfolgreicher Naturschutz ist nicht ohne den ehrenamtlichen Einsatz zahlloser Menschen in unserem Land möglich. Darauf haben Sie hingewiesen, Frau Schulze. Dies hat die Politik schon immer erkannt und auch gewürdigt. Auch das selbstlose Engagement soll in Zukunft durch einen Naturschutzpreis des Landes seine offizielle und für jeden erkennbare Anerkennung finden. In einem Wettbewerb sollen innovative und visionäre Aktivitäten im Naturschutz prämiert werden, die nachhaltig einen positiven Einfluss auf die biologische Vielfalt in Nordrhein-Westfalen haben. Ein neuer Haushaltstitel wird erstmals 2009 geschaffen.

Neben dem Naturschutz wird die Lebensqualität ganz besonders durch Lärmschutz und die Verbesserung der Luftqualität gesteigert. Auf diesen Gebieten hat die Landespolitik in der Vergangenheit ganz erhebliche Fortschritte erzielt. Sie wird diesen Erfolgsweg auch in Zukunft konsequent weitergehen. Luftreinhaltepläne wurden erstellt und Maßnahmen zur Minderung der Schadstoffbelastung beschlossen. Umweltzonen mit Fahrverboten für besonders schadstoffintensive Fahrzeuge sind eingeführt worden.

Um die EU-Luftqualitätsrichtlinie strikt einzuhalten, werden in diesem Jahr zusätzlich weitere moderne Messgeräte angeschafft. Zur Minderung der Lärmbelastung werden die Kommunen bei der Aufstellung und Umsetzung der Lärmaktionspläne unterstützt. Auch außerhalb der Ballungsräume wird die Lärmkartierung ausgedehnt.

Ein weiteres Ziel ist die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft zu einer wettbewerbsorientierten Kreislaufwirtschaft. Auf diese Weise sollen noch weitere Entlastungen für die Umwelt erreicht werden. Für dieses Jahr ist die Aufstellung eines landesweiten

Abfallwirtschaftsdetailplans der Siedlungsabfälle vorgesehen.

Auch mit einem Pipelinekataster für Gefahrenstoffe wie Produkte der chemischen Industrie oder der Mineralölwirtschaft soll die Sicherheit der Bürger in unserem Land erhöht werden. Auf Initiative unseres Umweltministers erarbeitet das LANUV ein landesweites Rohrfernleitungskataster, das den Behörden eine effizientere Überwachung und Gefahrenabschätzung ermöglicht.

Um interessierten Bürgerinnen und Bürgern und auch Fachleuten eine detaillierte Information über alle relevanten Umweltthemen zu ermöglichen, wird Ende dieses Jahres erstmalig wieder seit 2006 ein Umweltbericht veröffentlicht.

Darüber hinaus gibt es in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Aktivitäten zur Umweltbildung und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Im vergangenen Sommer haben Minister Uhlenberg, Ministerin Sommer und Minister Laschet sowie die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen eine Kooperationsvereinbarung über die gemeinsame Umsetzung des Aktionsplans „Zukunft Lernen“ unterzeichnet.

Meine Damen und Herren, ich spreche den Verbraucherschutz direkt mit an. Als erstes Flächenland Deutschlands waren wir äußerst erfolgreich, wie der zweite Platz in der Verbraucherschutztafel 2008 des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen nach Hamburg zeigt. Damit hat sich das von der Opposition, insbesondere vonseiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, immer wieder dargestellte Horrorszenerario, es gehe wegen mangelnder finanzieller Ausstattung mit dem Verbraucherschutz in unserem Lande bergab, nicht bewahrheitet. Im Gegensatz zu früheren Regierungen – Frau Schulze, darauf haben Sie dankenswerterweise hingewiesen – wurden die Mittel bis zum Jahr 2010 festgeschrieben.

Die Landespolitik hat in der Vergangenheit innovative Schritte insbesondere auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung unternommen. Ich erinnere nur an den 15-Punkte-Maßnahmenplan. Mit der Errichtung des integrativen Datenverarbeitungssystems Verbraucherschutz werden kommunale und auch staatliche Daten in einer Weise vernetzt, die schnelle Reaktionen der Überwachungsbehörden ermöglicht. Für den Systemausbau stehen im Jahr 720.000 € bereit.

Im Haushalt sind 5,7 Millionen € zur Ausbildung weiterer Lebensmittelkontrolleure und –kontrollassistenten vorgesehen. Hier arbeiten Land und Kommunen Hand in Hand. Auch die Mittel zur Ausbildung 16 weiterer Praktikanten bis zum Staatsexamen für Lebensmittelchemiker werden um 200.000 € erhöht.

Die Anfang letzten Jahres in OWL begonnene Kooperation der Untersuchungsämter war ein voller

Erfolg und wird in allen anderen Landesteilen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, eine effektive Verbraucherbildung ist die Grundlage eigenverantwortlichen Handelns. Deshalb wird das Netzwerk Finanzkompetenz Nordrhein-Westfalen weiter ausgebaut. Schüler, junge Eltern und auch ältere Menschen sollen auf den sie besonders betreffenden Gebieten umfassend informiert werden. Lokale Verbraucherkonferenzen sind für ältere Menschen geplant. Jüngere Menschen werden in den Familienzentren angesprochen.

Für die Schüler gibt es das Projekt „Alles im Griff – Unterricht zum Umgang mit Geld“. Hier wird der Haushaltsansatz mit 1,68 Millionen € im Jahr 2009 den Ansatz aus dem Vorjahr noch übertreffen.

Auch eine gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind wichtige Bestandteile des Verbraucherschutzes. Das Qualitätsnetz Ernährung im Ganztags Nordrhein-Westfalen ist vorbereitet. Stichpunktartig kann ich noch Bewegungskindergärten mit dem Pluspunkt Ernährung, das Schulmilch- und Schulobstprogramm erwähnen. Für eine derartige Projektförderung stehen im Haushaltsplan 1,55 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz etwas zu China sagen. Wie Sie wissen, haben wir die Mittel für die Zusammenarbeit mit Sichuan aufgestockt. Das Auffrischungsprogramm für Altstipendiaten aus dieser Provinz im Rahmen des Stipendienprogramms 2008 wird weiter gefördert.

Die anderen Punkte wird mein Kollege Ortgies ansprechen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Fasse. – Als Nächster spricht Herr Kollege Ellerbrock für die FDP.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Umweltschutz ist ein zentrales Thema dieser Landesregierung.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Frau Schulze, ich hätte eine ganz andere Rede gehalten. Aufgrund Ihrer weinerlichen Larmoyanz, mit der Sie hier vorwurfsvoll vortragen, was alles gemacht werden müsse und wo eingespart werden müsse, will ich aber noch einmal einige kleine Punkte in Erinnerung rufen; denn wahrscheinlich verfügen Sie lediglich über ein ausgesprochenes Kurzzeitgedächtnis.

50 Milliarden € Schulden in zehn Jahren, verantwortet durch Sie!

(Svenja Schulze [SPD]: Das schaffen Sie schneller!)

Das ist das, was Sie hier zu verantworten haben.

Diese Regierung – dafür steht auch dieser Umweltminister – hat uns auf den Schild gehoben, Nachhaltigkeit nicht nur im Munde zu führen, sondern auch zu verwirklichen und der nachfolgenden Generation politische Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Deswegen musste in den sauren Apfel gebissen werden, einen Umwelthaushalt von 1 Milliarde € auf 750 Millionen € herunterzufahren und Schwerpunkte zu setzen. Nachhaltigkeit heißt nicht, nach Ihrer Art überschuldet Gelder zu verbraten und Klientelbefriedigung zu betreiben, sondern, langfristig orientiert nachfolgenden Generationen politische Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Das unverantwortliche Handeln Ihrer rot-grünen Regierung muss so deutlich gegeißelt werden. Ich hätte es nicht getan, wenn Sie hier vorne nicht wieder mit dieser Weinerlichkeit aufgetreten wären.

(Beifall von FDP und CDU – Svenja Schulze [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaft verlangt Kalkulationssicherheit. Kalkulationssicherheit verlangen auch wir. Diesen Anspruch haben wir umgesetzt. Wir haben den Biologischen Stationen Kalkulationssicherheit über diese Legislaturperiode gewährt. Auch den Verbraucherzentralen haben wir Kalkulationssicherheit garantiert.

Beide Organisationen sind dafür ausgesprochen dankbar; denn sie sind keine Bittsteller mehr, die hier Jahr für Jahr Lobbyarbeit betreiben müssen, sondern können sich nun auf ihre Arbeit konzentrieren und langfristig orientierte Projekte beginnen. Außerdem – darauf kommt es mir in besonderem Maße an – wissen die Mitarbeiter vor Ort, dass ihre Stellen innerhalb dieser Legislaturperiode gesichert sind.

Herr Minister, ich würde es begrüßen, wenn wir diese Zielrichtung auch in der nächsten Legislaturperiode von Anfang an durchsetzen könnten.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Aus der Opposition heraus wird das schwierig!)

Wenn die Mitarbeiter bei den Verbraucherzentralen und in den Biologischen Stationen wiederum diese Kalkulationssicherheit bekämen, würde ich das ausgesprochen begrüßen.

Meine Damen und Herren, wir wollen in Nordrhein-Westfalen keinen Sonderweg gehen, wie Rot-Grün das hier laufend praktiziert hat. Wir wollen die Vorgaben aus Brüssel und Berlin sachgerecht 1:1 umsetzen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ihr setzt sie 1:0,5 um!)

Auch das bedeutet Kalkulationssicherheit für die Betroffenen, weil sie nicht mehr befürchten müssen, dass wir das, was aus Brüssel und Berlin kommt, hier noch einmal verändern. Das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt.

Meine Damen und Herren, wer die Mitwirkungsrechte der Naturschutzverbände beklagt, muss sich schon eine Frage gefallen lassen. Hier setzen wir ja eine Vorgabe des Bundesnaturschutzgesetzes um. Die Kollegen von der SPD haben an dieser Stelle eine intellektuelle Höchstleistung vollbracht. In Berlin werden die Bundesvorschriften beklatscht, begrüßt und als hervorragend dargestellt. Wenn das Gleiche in Nordrhein-Westfalen erfolgt, ist es ein Ding des Teufels; dann reden sie von „Mitwirkungsbeschränkungen“, „unverantwortlich“, „despektierlich gegenüber dem Ehrenamt“ usw.

Vielleicht können wir diese intellektuelle Höchstleistung gleich im Rahmen des Beitrags von Frau Watermann-Krass noch einmal näher hinterfragen. Das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, meine Damen und Herren.

(Svenja Schulze [SPD]: Frei jeglicher Sachkompetenz, Herr Ellerbrock – wie immer!)

Damit komme ich zu dem nächsten Punkt, bei dem wir uns von Rot-Grün unterscheiden. Wir führen den ländlichen Raum als eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungsraum nicht nur im Munde, sondern leben diese Überzeugung auch tatsächlich. Das Wirtschaftsministerium als Landesplanungsbehörde bringt den Begriff Kulturlandschaft in besonderem Maße nach vorne.

Herr Minister, gelegentlich muss man neue Gedanken ja auch im Plenum ansprechen und diskutieren. Was halten Sie denn davon, im Zuge der Landesplanung gerade für den ländlichen Raum die besten landwirtschaftlichen Flächen mit den höchsten Bodenwerten planerisch besonders vor konkurrierender Flächeninanspruchnahme zu schützen? In gleicher Weise, wie wir Naturschutzgebiete in besonderem Maße schützen oder Gewerbegebiete ausweisen, könnten wir auch die besonders wichtigen Kernzonen – darunter fallen für mich zum Beispiel auch Unterglaskulturen – in besonderem Maße planerisch sichern. Möglicherweise können wir diesen neuen Gedanken aus dieser Plenardiskussion heraus entwickeln und noch einmal vortragen. Vielleicht sollten wir uns in unseren Arbeitskreissitzungen einmal darüber austauschen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung macht auch Ernst damit, nicht mit der ideologischen Scheuklappe am Markt vorbei Ökolandwirtschaft zu fördern. Wir wollen hier gleichgewichtig fördern, Ökolandwirtschaft wie konventionelle Landwirtschaft. Der Markt soll es regeln. Im Übrigen belegen Studien auch, dass es vom Grundsatz her keinen qualitativen Unterschied dazwischen gibt. Ökolandwirtschaft ist heute eine gut genutzte und ausbaufähige

hige Marktnische, die großteils ohne Subventionen marktfähig ist.

Es ist schade, dass mein Kollege Hubertus Fehring heute nicht dazu spricht. Als Bio-Bauer sagt er: Wir brauchen das nicht. Wir können hier alleine klar kommen. Geht weg mit den ganzen Auflagen und Förderungen. Lasst mich am Markt arbeiten! – So äußert sich ein praktizierender Landwirt. Ich bin Hubertus Fehring dankbar dafür, dass er das auch immer so nach außen trägt.

Außerdem ist die Gleichgewichtigkeit auch gut für das Binnenverhältnis in der Landwirtschaft, damit Neiddiskussionen erst gar nicht aufkommen. Jeder nutzt die Chance, die er persönlich sieht.

Die „Allianz für die Fläche in NRW“ hat Frau Kollegin Fasse bereits angesprochen. Die 77 gepflanzten Alleen wurden auch schon erwähnt. Daher brauche ich nicht mehr darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zu den anerkannten Naturschutzverbänden. Dem Wahlversprechen folgend haben wir es geschafft, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald als gleichberechtigten Partner zu integrieren. Das halte ich für einen wichtigen Punkt.

Was die Sitzverteilung angeht, haben wir im Zusammenspiel mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald dafür gesorgt, dass die in besonderem Maße vor Ort verankerte LNU auch in besonderem Maße berücksichtigt wird. Der BUND, zentral gesteuert, hat seinen Sitz; der NABU, mehr regional organisiert, hat seinen Sitz; und diejenigen, die die Masse der kleinen Organisationen vertreten, haben jetzt auch ihren richtigen Stellenwert.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf die Ausführungen der Kollegin Watermann-Krass und freue mich, dass ich Sie gleich noch acht Minuten lang erfreuen darf. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Grünen spricht Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fachbezogene Haushaltsdebatten in der zweiten Lesung bieten immer auch die Chance, unsere Augen auf die großen Problemlagen zu richten. Gibt die Politik im Lande, gibt die Landesregierung, geben die Koalitionsfraktionen die entsprechenden Antworten auf diese Herausforderungen?

Ich sehe im Moment drei große Herausforderungen. In der aktuellen Situation einer schwierigen wirtschaftlichen Lage wird landauf, landab mal laut, mal leise darüber diskutiert, dass Anforderungen des

Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutzes, die die Menschen und die Natur haben, zurückstehen und dass wir warten sollen, weil wir jetzt erst eine neue wirtschaftliche Dynamik gewinnen müssen. Das wird von Vertretern der Wirtschaft behauptet, man hört es aber auch aus Ihren Reihen. Darauf habe ich heute von Ihnen keine Antwort bekommen.

Es gibt eine andere große Herausforderung, bei der wir in schwieriges Wasser geraten. Das, was die Große Koalition angekündigt hat, in dieser Legislaturperiode hinzubekommen, nämlich ein Umweltgesetzbuch, wird es nicht geben. Wir laufen im Natur- und Gewässerschutz in die Situation einer konkurrierenden Gesetzgebung hinein, die das gültige Recht zerfasert und damit ein Einfallstor für Aufweichungen bietet, die wir gerade zum jetzigen Zeitpunkt nicht brauchen. Wir brauchen Weiterentwicklungen.

Die dritte große Herausforderung lautet: In welcher Weise können wir die aktuelle Wirtschafts-, Finanz-, aber auch die globale Krise im Bereich der Ökologie und des Klimas so nutzen, dass wir sie neu zusammenbinden und den Umwelt- und Klimaschutz in eine ökonomische Dynamik einweben?

Dazu muss man sich die Antworten der Landesregierung anschauen. Gibt es hier überhaupt Antworten? – Nein, wir müssen feststellen: Neben der Bildung ist der Umwelt- und Klimaschutz die große Schwachstelle dieser Landesregierung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Er taucht in den offiziellen konzeptionellen Reden überhaupt nicht auf – ich erinnere an die abgegebenen Regierungserklärungen –, er ist in der offiziellen Regierungspolitik quasi nicht vorhanden.

(Friedhelm Ortgies [CDU]: Zuhören!)

Die entscheidende Frage ist: Wie gewinnen wir ökologische Zukunft? Hier taucht die Landesregierung ab, ist quasi nicht vorhanden. Zum Klimaschutz werden zwar Konzepte vorgelegt, aber nicht ausgeführt.

Ist der Flächenverbrauch tatsächlich reduziert worden? – Nein, wir müssen feststellen, dass er ansteigt.

Wird die ökologische Landwirtschaft tatsächlich gefördert? – Nein, im Vordergrund stehen Masse statt Klasse, Wachsen statt Qualität, die Förderung eines weiteren Ausbaus der Agrarindustrie.

Was passiert mit unserer Natur, mit dem Wald? – Der Wald in Nordrhein-Westfalen wird ausverkauft. „Privat vor Staat“ ist die entscheidende Melodie, anstatt das Thema umzukehren und die Förderung des Naturschutzes im Wald an die erste Stelle zu rücken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wie sieht es beim Naturschutz insgesamt aus? – Statt neue Nationalparks jetzt schon einzuweihen – wir könnten welche einweihen –, gibt es Auseinandersetzungen, stoppt die Landesregierung bestimmte Verfahren. Im bestehenden Nationalpark wird nicht weiterentwickelt, sondern man begibt sich im Gegenteil auf den Pfad, den Naturschutz-, den Nationalparkgedanken an den verschiedensten Stellen abzugraben.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Können Sie auch sagen, wo?)

Im Bereich des Gewässerschutzes – ich erinnere an das Stichwort PFT – gibt es keinen Fortschritt, keine Zukunft zu gewinnen. Im Bereich der Lebensmittelkontrolle wurde groß angekündigt, mehr Kontrolleure in die Geschäfte zu schicken, um den Verbraucherschutz zu stärken, im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes gerade zum jetzigen Zeitpunkt die gleiche Augenhöhe herzustellen. – Auch hier keine Initiativen der Landesregierung.

Ich erinnere an das Gehampel beim Gesundheitsschutz, bei der Einrichtung der Umweltzonen im Ruhrgebiet. Ist das zukunftsfähig, was wir an dieser Stelle einrichten?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ist es! Ehrlich!)

Wenn wir die ganze Serie der Chemiestörfälle betrachten, müssen wir feststellen. Es fehlt an Zukunft, weil es an entsprechender Umweltverwaltung fehlt. Die ist über die Jahre abgebaut worden. Hier fehlen Sachverstand, Kompetenz und auch das Zusammenführen verschiedener Behörden.

Das ist also insgesamt eine nicht zukunftsfähige Bilanz. Wir müssen uns fragen: Was müssen wir eigentlich tun? Die Ausdruckslosigkeit der Regierungsfractionen zeigte sich auch in den Haushaltsberatungen im Ausschuss: kein einziger Antrag, keine einzige Initiative. Das, was Sie jetzt nachgelegt haben, musste mit Erlaubnis des Fraktionsvorstandes erst abgesegnet werden und ist auch nicht der große Ausblick in die Zukunft.

Zukunft ist jetzt. Durch Entscheidungen heute, durch Änderungen jetzt können wir die Zukunft gewinnen. Wir dürfen nicht im Kleinteiligen und auch nicht in der Fortsetzung und im Verwalten dessen, was jetzt schon im Haushalt steht, denken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Barack Obama, Ban Ki Moon und auch die Grünen in Deutschland

(Heiterkeit von CDU und FDP)

über einen „Green New Deal“ reden, dann muss das auch Thema im Landtag von Nordrhein-Westfalen sein. Eine Zusammenführung von Ökologie und Ökonomie ist gerade in der jetzigen Krisensituation eine große Chance für die heimische Wirtschaft, aber auch insgesamt eine Perspektive, ein zentraler Baustein zur Lösung der globalen Krise. Nicht nur

aus ökologischen Gründen, sondern aus eigenem wirtschaftlichen Nutzen heraus sollten wir die Umwelt zum Jobmotor einer zukünftigen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen machen. Nordrhein-Westfalen hat hier exzellente Voraussetzungen, weil wir als Industriestandort in vielen Bereichen gute Grundlagen aufweisen.

Das müsste gefördert und ausgebaut werden. Dies ist die zentrale Herausforderung, der sich auch der Umweltminister und der Umweltausschuss stellen müsste, im Bereich der Rohstoff- und Materialeffizienz, der nachhaltigen Wasserwirtschaft, der Entsorgungswirtschaft, der Abfallwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft. Das sind alles Bereiche, in denen jetzt durch entscheidende Weichenstellungen zukünftig Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig die entscheidenden Schritte mit ambitionierten Umweltstandards für mehr Arbeitsplätze und mehr Leistung für die Umwelt unternommen werden könnten.

Was wollen wir? – Wir wollen unser wertvolles Naturerbe sichern. Biologische Vielfalt war Thema der Biodiversitätskonferenz. Aber es müsste sich dann auch im Haushalt ausdrücken, dass wir einen breiten Schirm über das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen aufspannen. Dafür braucht es entsprechende finanzielle Unterstützung. Auch das können wir im Haushalt nicht erkennen.

Wir wollen gesundes Leben in Nordrhein-Westfalen, und zwar weniger Lärm, weniger Feinstaub, weniger Stickoxide. Wo sind hier die großflächigen Ansätze? Allein eine umfassende Lärmsanierung erfordert einen enormen Mitteleinsatz. Und es gibt auch hier die Perspektive auf zusätzliche Arbeitsplätze. Es wäre die Aufgabe des Umweltministers, im Rahmen des Konjunkturpaketes II, dafür zu sorgen, einen großen Batzen der Mittel für die Lärmsanierung in unseren Kommunen abzugreifen. Das ist eine große Baustelle. Im Haushalt und in den Äußerungen bisher null.

Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher mächtig machen in einer Situation, in der es nicht nur um Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber geht. Vielmehr sind die Verbraucherinnen und Verbraucher die größte Gruppe, die allerdings in einem solchen Marktgeschehen unorganisiert ist. Sie muss organisiert sein und am Marktgeschehen auf gleicher Augenhöhe teilnehmen.

Wie können wir das erreichen? – Indem wir Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und Kennzeichnungen vorgeben, aber auch Beratungsleistungen zur Verfügung stellen. Dafür haben wir in Nordrhein-Westfalen die Verbraucherzentralen. Anstatt diese Verbraucherzentralen zu stärken, werden ihnen perspektivisch Mittel weggenommen. Wir müssten die Verbraucherzentralen deutlich stärken. Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt, weil nur durch starke Verbraucher das Marktgeschehen insgesamt befördert wird.

Wir wollen starke grüne Regionen. Aber auch hier wird die Zukunft verschlafen. Denn es ist absehbar, dass sich die Subventionen, die landwirtschaftlichen Förderungen, die wir aus Brüssel bekommen, anders orientieren werden. Aber diese Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben die Devise: Es muss alles so bleiben, wie es ist. Wir sind nicht darauf vorbereitet, dass zukünftig mehr Mittel in einer Regionalförderung ankommen werden. Wir müssten Konzepte haben, um diese Regionalförderung auch als Regionalförderung zu begreifen. Auch hier stehen Arbeitsplätze und Zukunft auf dem Spiel.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unter dem Strich: So, wie dieser Etat gestrickt ist, ist die Zukunft im Bereich Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz nicht zu gewinnen. Wir müssen aber die Zukunft gewinnen, denn Zukunft ist jetzt. Deshalb stimmen Sie doch unseren Änderungsanträgen zu! – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den Gesprächen, die ich mit Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen führe, kommt immer wieder zum Vorschein, was für die Menschen in unserem Land in diesen Zeiten der alles dominierenden Wirtschaftskrise wirklich wichtig ist: Sicherheit und Verlässlichkeit. Dies sind auch die Leitlinien meiner Politik als verantwortlicher Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

(Beifall von CDU und FDP)

Einer der Kernaussagen des kürzlich vorgelegten ersten deutschen Umweltberichtes ist, dass Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor immer wichtiger wird. Selbst führende Industrievertreter wie beispielsweise der Vorstandsvorsitzende von ThyssenKrupp, Ekkehard Schulz, erwarten, dass die Umweltwirtschaft die Autowirtschaft dauerhaft als führende Leitindustrie in Deutschland ablösen wird.

Dieser wachsenden Bedeutung haben wir bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode mit der Einrichtung „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ Rechnung getragen. Allein in Nordrhein-Westfalen arbeiten ca. 200.000 Menschen in der Umweltwirtschaft, mit steigender Tendenz. Allein durch die vom MUNLV erteilten Anlagengenehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz werden Investitionen zwischen 2 und 4,5 Milliarden € pro Jahr in Nordrhein-Westfalen getätigt.

In Nordrhein-Westfalen haben wir seit 2005 wichtige Schritte eingeleitet, um die Innovationsbereitschaft der Industrie zu steigern, und zwar ohne Umweltstandards abzusenken, indem wir eine Verwaltungsstrukturreform auf den Weg gebracht und die Zuständigkeiten und Verwaltungsverfahren vereinfacht haben. Seit dem letzten Jahr ist nach dem Zaunprinzip nur noch eine Behörde für die Genehmigung und Überwachung zuständig. Dies ist zum Beispiel auch ein Thema, das bei dem Umweltgesetzbuch eine Rolle spielt. Wir sind in Nordrhein-Westfalen in dieser Frage weiter als die anderen Bundesländer.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan 2009 schafft Investitionsanreize beispielsweise durch das Programm „Förderung des ländlichen Raums“, das auch schnelle Internetanschlüsse umfasst, sowie durch die Maßnahmen zum Hochwasserschutz und das Investitionsprogramm Abwasser mit einem geplanten jährlichen Volumen von 40 Millionen €. Insbesondere Frau Abgeordnete Fasse hat darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen zum Hochwasserschutz wichtig sind, um Arbeitsplätze zu erhalten und die Sicherheit für die Menschen und deren Eigentum in den gefährdeten Gebieten zu erhöhen.

(Beifall von der FDP)

Hierfür stehen in diesem Jahr insgesamt 80 Millionen € zur Verfügung. Das bedeutet eine Steigerung um 13,5 Millionen €

Mit dem vom Kabinett beschlossenen Pipelinekataster verstärken wir die Überwachung solcher Anlagen und schaffen gleichzeitig mehr Sicherheit für die Menschen. Andere Bundesländer wollen nun diesem Schritt von Nordrhein-Westfalen folgen. Aber Sicherheit müssen wir den Menschen nicht nur bei der Überwachung von Industrieanlagen geben. Die Menschen wollen auch gesunde Nahrung und eine gesunde Umwelt. So ist Nordrhein-Westfalen nach einem bundesweiten Vergleich des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen das beste Flächenland. Mit dem insgesamt zweiten Platz hinter Hamburg gebe ich mich noch nicht zufrieden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die amtliche Lebensmittelkontrolle funktioniert, wie in den letzten Wochen bekannt gewordene Meldungen über das Auffinden von Dioxinfleisch aus Irland – wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat mich sogar die Opposition gelobt – oder der Betrug im Bereich von Bioproduktionen gezeigt haben.

(Beifall von der CDU)

Den letzteren Vorfall bedauere ich. Es darf aber nicht dazu führen, dass das Vertrauen der Bürger in Bioprodukte sinkt.

Diese Beispiele zeigen, dass unsere Maßnahmen im Bereich der Lebensmittelüberwachung durch Umstellung auf eine risikoorientierte Schwerpunktüberwachung richtig sind. Darüber hinaus werden

die Untersuchungskapazitäten durch die Bildung integrierter chemischer Veterinäruntersuchungsämter weiter verbessert.

Meine Damen und Herren, 15 Jahre ist über dieses Thema diskutiert worden. 15 Jahre ist nichts passiert. Diese Landesregierung setzt es um.

(Beifall von CDU und FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in unserem Bestreben zur Erhöhung der Verbrauchersicherheit sind wir auf unterschiedlichsten Gebieten erfolgreich gewesen: angefangen bei der Biolandwirtschaft, für die wir jetzt im Jahre 2009 die Umstellungsprämie erhöhen wollen, bis zum deutschlandweit ersten Pestizidportal. Hinzu kommen zur Erhöhung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Einrichtung von Umweltzonen – was hat es da für einen Klamauk gegeben,

(Svenja Schulze [SPD]: Ja, von Ihrer Seite!)

wie ruhig ist es geworden! – und

(Svenja Schulze [SPD]: Das war Ihr Klamauk!)

die Unterstützung der Kommunen bei der Lärmbekämpfung. Wir hoffen, dass durch das Konjunkturpaket II des Bundes im kommenden Jahr in Nordrhein-Westfalen insbesondere im Bereich des Lärmschutzes wichtige Investitionen getätigt werden können.

Weitere wichtige Investitionen und Neuerungen stehen in den nächsten Jahren auch in der Landwirtschaft mit der Umsetzung der von der EU Ende des letzten Jahres beschlossenen Health Checks an. Hier wird die Landesregierung alle Mittel nutzen, um der Landwirtschaft weiterhin vernünftige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Zukunft zu ermöglichen.

Unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe stellen im drittgrößten Agrarland der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Wirtschaftszweig dar, der sowohl die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln sicherstellt als auch wichtige Beiträge im Bereich des Klimaschutzes leistet; Stichwort: erneuerbare Energien. Wir haben über 300 Biogasanlagen in Nordrhein-Westfalen, und, meine Damen und Herren, ich habe gerade vor wenigen Tagen in Aachen die 10.000. Pelletanlage in Betrieb genommen.

Eines der wichtigsten Themen, das uns in der Vergangenheit beschäftigt hat und uns in den nächsten Jahren weiter begleiten wird, ist natürlich das Thema Wasser. Dabei geht es nicht nur darum, die Gewässer wieder naturnah und ökologischer zu gestalten. Es geht vor allem auch um das Wasser als Grundnahrungsmittel. Ich habe das Ziel, dass die Bürger Nordrhein-Westfalens das sauberste Trinkwasser haben. Mit dem bundesweit ersten Trinkwasserbericht, den wir Ende des letzten Jahres

veröffentlicht haben, sind wir auch hier bundesweit führend und unserem Ziel ein Stück näher gekommen. Beim Thema Wasser sind wir in Nordrhein-Westfalen übrigens so gut aufgestellt, dass ich regelmäßig auch vom Ausland auf die Initiativen meines Hauses angesprochen werde.

Auch auf europäischer Ebene ist Nordrhein-Westfalen ein geschätzter Ansprechpartner, nicht zuletzt bei der Erstellung einer Klimaanpassungsstrategie, die wir am 29. April hier in diesem Hause vorstellen werden.

Im Rahmen einer solchen Strategie werden viele unterschiedliche Punkte gebündelt: vom Hochwasserschutz über die Land- und Forstwirtschaft bis zu den Fragen der Stadtentwicklung. Auch hier ist es unser Ziel, in Nordrhein-Westfalen für die Menschen ein sicheres und gesundes Umfeld zu schaffen, in dem sie gerne zu Hause sind und sich wohlfühlen. Um die Entwicklung zu verdeutlichen, die wir – vielleicht nicht immer mit dem gewünschten Erfolg – in den letzten Jahren haben beschreiten können, werde ich in diesem Jahr erneut einen Umweltbericht vorlegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin stolz darauf, dass wir derzeit im Naturschutz viele wichtigen Projekte anschieben können, so in den letzten Wochen den Startschuss für die Parkautobahn im Emscher Landschaftspark und die Regionale 2010, die im nächsten Jahr in der Region Köln stattfinden wird.

Wir haben die Arbeit der Biologischen Stationen verstetigt. Der Kollege Ellerbrock hat darauf hingewiesen, dass auch die Mitarbeiter dort Planungssicherheit haben müssen. Mit diesen Projekten bringen wir den Menschen in den nordrhein-westfälischen Ballungsräumen und in den ländlichen Räumen die Natur ein Stück näher.

Außerhalb der EU-Fördermaßnahmen – jetzt, Frau Abgeordnete Schulze, zum Mitschreiben – stehen uns in diesem Jahr 28,2 Millionen € für den Naturschutz zur Verfügung. Das sind sogar 1,8 Millionen € mehr als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Ich darf es im Hinblick auf die nächsten Jahre eigentlich gar nicht so laut sagen: In Nordrhein-Westfalen ist noch nie mehr Geld für den Naturschutz ausgegeben worden als in diesem Haushaltsplan 2009.

(Beifall von CDU und FDP)

Mein Dank gilt den Koalitionsfraktionen, die mich hierbei unterstützt haben. Ihr Antrag zur Vergabe eines Naturschutzpreises hat mich sehr gefreut. Dies ermöglicht uns, die vielen wichtigen ehrenamtlichen Projekte für den Naturschutz angemessen zu würdigen.

Mit der Umsetzung der Renaturierung der Gewässer verstärken wir unsere Naturschutzanstrengungen in ganz Nordrhein-Westfalen. eine erste An-

merkung unserer Arbeit haben wir mit der Auszeichnung unseres Maifisch-Programms im Rahmen eines europaweiten Wettbewerbs durch die Europäische Union bereits erhalten. Ich bin dem Finanzminister, ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass allein für die Renaturierung der Gewässer in diesem Jahr unsere Mittel von 8,3 Millionen € auf insgesamt 15,2 Millionen € gestiegen sind und in den kommenden Jahren weiter steigen werden, wenn die Bewirtschaftungspläne zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in diesem Jahr verabschiedet werden.

Meine Damen und Herren, das sind nur einige wenige Beispiele für viele kleinere, aber nicht minder wichtige Projekte, die wir im kommenden Jahr unterstützen, um den Menschen in unserem Land nicht nur Sicherheit, sondern auch das gute Gefühl zu geben, bei uns in Nordrhein-Westfalen zu Hause zu sein. Ich gebe gerne zu, dass Rot-Grün früher im Bereich des Geldausgebens spitze war.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie machen schneller Schulden als wir!)

Das zeigt ja auch die Erblast, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber dieser Haushaltsplan – noch einmal mein herzlicher Dank für die Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen – ist im Jahre 2009 so ausgestattet, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine gute Politik machen können – für eine gute Umwelt, für eine gute Wasserqualität, für eine gute Naturschutzarbeit –, dass wir die Rahmenbedingungen für unsere Landwirtschaft verbessern können, dass wir das Programm „Ländlicher Raum“ mit neuen Förderschwerpunkten – hier spreche ich insbesondere das Thema Breitbandverkabelung an – umsetzen können.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Nordrhein-Westfalen ist mit diesem Haushaltsplan 2009 im Bereich der Politik für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf einem guten Weg.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem ich jetzt eine Viertelstunde Frau Fasse und eine Viertelstunde Ihnen, Herr Minister, zuhören durfte, erwarten Sie bitte nicht von meiner Seite, dass Sie hier ein Schulterklopfen für dieses Feuerwerk an Aussagen darüber, wie Sie das alles hier betreiben, bekommen.

Ich nutze meine Redezeit dafür, Ihnen zu schildern, welche Zukunftsvision ich habe, wenn ich die Weichenstellungen der letzten Jahre und auch die Weichenstellungen in diesem Haushalt 2009 sehe: Maisfelder, so weit das Auge reicht, dazwischen Kurzumtriebsplantagen und Großagrarbetriebe, in denen industriell Lebensmittel und Energie produziert werden, Wälder, die in erster Linie Jagdreviere sind, in denen ein Aufenthalt nur gegen Gebühr gestattet wird, und Umweltschutz, der zurückgedrängt wird auf dafür ausgewiesene Flächen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ist das das SPD-Programm? So schlimm sind die doch gar nicht!)

– Ich habe davon gesprochen, Herr Ellerbrock, dass das meine Zukunftsvisionen sind, wenn ich die Weichenstellungen, die Sie in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, einmal für die Zukunft weiterdenke.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Schlimm! Ich würde mich schämen!)

Jetzt komme ich zu den Weichenstellungen, an denen ich das festmache.

Aktuell beschäftigen wir uns mit dem Staatswaldverkauf in der Eifel. 29 Millionen € waren schon für 2009 vorgesehen. 25 Millionen € sollten zur Entschuldung des Haushalts herbeigezogen werden. Nächste Woche findet die Anhörung dazu statt. Es liegen Zuschriften vor, eine Resolution aus Blankenheim, einer CDU-geführten Stadt. Clemens Pick von der CDU macht sich hier selber zur Speerspitze der Bewegung. Das muss in kommunaler Hand bleiben, denn die Rendite ist gut, das ist besser angelegt als auf mancher Bank – das sind die Argumente, mit denen die Bürger für ihren Wald kämpfen. Alle sprechen sich gegen einen Verkauf an die Bofrost-Stiftung aus.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wer ist alle?)

– Die Zuschriften, die wir zur Anhörung in der nächsten Woche vorliegen haben.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ach so! Die bestellten Zuschriften! Das ist klar!)

Die Bofrost-Stiftung ist nicht gemeinnützig. Die Stiftungsziele sind uns nicht bekannt. Aber es wird berichtet, dass sie diese Wälder vor allem aus jagdlichem Interesse erwerben will.

Herr Minister, warum belassen Sie den Wald nicht bei denen, denen der Wald gehört, nämlich bei den Bürgern und Bürgerinnen dieses Landes?

(Beifall von der SPD)

Sie können wie in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel einen Bürger-Klima-Wald per Aktienverkauf unter staatliche Verwaltung setzen

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

oder dafür auch einen Verkauf an eine Umweltstiftung, die in ihrem Auftrag explizit Umweltziele verfolgt, vorsehen.

Der Verkauf des Staatswaldes trägt gleichzeitig dazu bei, dass Einnahmen daraus dem Landesbetrieb Wald und Holz fehlen werden. Der Landesbetrieb – das haben wir an dieser Stelle hier oft genug diskutiert – war von Anfang an unterfinanziert.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Sie haben ihn doch gar nicht finanziert!)

Hinzu kam dann die von Ihnen initiierte Forstreform. Sie haben gesagt: Jedes Bundesland macht eine Reform, also machen wir auch eine. – Schon vor der Reform war Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den wenigsten Beschäftigten pro Hektar Fläche Wald.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Vorher schon?)

– Ja, schon vor der Reform war das so. Ist Ihnen das unbekannt, Herr Minister?

Jetzt ist die Reform vollzogen. Es sind noch weitere über 100 Personen dort herausgenommen worden, ohne dass man die Aufgaben, die damit verbunden waren, gekürzt hat. Das führt – das haben wir nun häufiger auf Veranstaltungen, die wir gemeinsam besucht haben, erleben können – zu einer großen Unzufriedenheit aufseiten der Beschäftigten und natürlich auch aufseiten der Kunden.

Deswegen frage ich Sie, Herr Minister, noch einmal: Wo ist Ihr Plan für die Zukunft? Wie soll es gelingen, einen klimaverträglichen Umbau unserer Wälder voranzutreiben? Sie wissen, wie wichtig das im Zuge des Wasserhaushalts und des Klimas ist. Wer soll denn, wenn wir so wenig Personal haben, den Rohstoff Holz mobilisieren? Der Rohstoff Holz ist für das Land Nordrhein-Westfalen sehr wertvoll, weil er eine sehr hohe Wertschöpfung in unserem Land hat.

Zum Cluster Holz haben wir die Zahlen bekommen. Es befinden sich übrigens mehr Arbeitsplätze hier in Nordrhein-Westfalen im Cluster Holz als in der Automobilindustrie. Das dürfte Ihnen bekannt sein.

Ein weiteres Beispiel, wie Sie dem Land schaden, wie Sie mit dem umgehen, was Sie von der alten Regierung übernehmen konnten: Sie nehmen bewusst in Kauf, dass die Zertifizierung nach FSC in unseren Staatswäldern jetzt aufgegeben wird. So verlieren auch wir hier in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich wieder die Wertschöpfung im eigenen Land. Viele Druckereien – das ist uns ja auch noch einmal im Expertengespräch vorgetragen worden – und auch einige große Baumärkte setzen auf dieses harte Siegel, auf dieses verlässliche FSC-Siegel. Die sind jetzt getrieben, ihren Rohstoff außerhalb unseres Landes einzukaufen. Auch da geht es an NRW vorbei.

Für uns steht fest: Diese Politik schadet unserem Land. Diese Politik ist nicht nachhaltig. Den Begriff „nachhaltig“, Herr Ellerbrock, möchte ich auch gerne im Sinne der Forstwirtschaft benutzt wissen. Diese Politik ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend.

(Beifall von der SPD – Holger Ellerbrock [FDP]: Dann haben Sie es nicht verstanden!)

Im Bereich der Landwirtschaft sind Ihre politischen Bemühungen zunächst etwas undurchsichtiger und nicht so offensichtlich wie in der Forstpolitik. Sie finden die Ergebnisse beim Gesundheitscheck der gemeinsamen Agrarpolitik auf der Europaebene wohl noch akzeptabel, lehnen aber gleichzeitig jede weitere Modulation in der zweiten Säule ab. Gleichzeitig verlangen Sie aber deutlich mehr Mittel, um daraus einen Milchfonds speisen zu können. Sehr wohl wissend, dass es von der EU nicht mehr Geld geben wird und wir nur über eine Umschichtung in diesem Bereich reden, bedauern Sie hier, dass es dazu kommen wird.

Die Gelder – so haben wir auf der Grünen Woche ja auch von der Kommissarin hören können – werden jetzt früher bereitgestellt. Aber wo ist das Konzept für Nordrhein-Westfalen jetzt? Wo sind die Projekte? Wo sind die Begleitmaßnahmen im Land Nordrhein-Westfalen zum Erhalt der multifunktionalen Landwirtschaft und vor allen Dingen für unsere Milchbauern? Was ist damit gemeint, wenn Sie vorrangig die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken wollen? Wird der Strukturwandel mit Verlust der Familienbetriebe jetzt noch schneller fortgesetzt?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ellerbrock?

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja gleich, wenn ich das im Zusammenhang zu Ende vorgetragen habe.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Dann ist die Zeit um!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie wollen erst zu Ende vortragen?

Annette Watermann-Krass (SPD): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte.

Annette Watermann-Krass (SPD): Gibt es einen Plan, wie Sie die Landwirtschaftspolitik hier im Land Nordrhein-Westfalen für die neue Förderperiode über 2013 hinaus ausrichten wollen?

Heute ist schon erkennbar: Wir haben die Halbzeitbewertung jetzt hinter uns. Die Weichen sind gestellt worden, und – auch das haben wir uns auf der Grünen Woche bei der Eröffnung anhören können – wir steigen jetzt in die Diskussion ein, ob wir die Umwandlung ab 2013 hinbekommen. Deswegen auch da die Frage: Wenn heute schon erkennbar ist, dass in der neuen Förderperiode nur für gemeinwohlorientierte Leistungen diese Zahlungen aus der EU kommen werden, muss Ihnen doch mit auf den Weg gegeben werden, dass es an der Zeit ist, die Weichen zu stellen, damit ein ganzer Berufsstand, der von Verlässlichkeit abhängig ist – wie Sie das ja immer sagen –, heute Perspektiven hat, sich für die Zukunft aufzustellen.

In einem Punkt aber, Herr Minister, sind Sie ganz besonders fleißig – das haben Sie eben auch wieder unter Beweis gestellt –, nämlich im Bereich der Wettbewerbe, der Aktionen, hier und da einen Baum pflanzen, mit Ihrer Ministerin eine Gläschen Milch trinken, und der Programme, die wir eigentlich wöchentlich aus der Fachpresse entnehmen können.

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass es im Kabinett einen Wettbewerb mit dem Ziel geben muss: Wer hat denn die meisten PR-Auftritte und die schönsten Preise? Besser wäre es, Sie würden mehr Engagement zeigen, um das eingangs vorgestellte Horrorszenario zu verhindern. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Ortgies.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich darf Ihnen sagen: Was Sie heute hier vorgetragen haben, wussten wir schon seit Tagen und Wochen. Von daher ist es nicht viel Neues, was Sie hier gebracht haben. Eigentlich können Sie die Haushaltsreden, die Sie im letzten Jahr gehalten haben, aneinander legen. Sie werden sich fast alle gleichen.

(Svenja Schulze [SPD]: Das hat wohl etwas mit Ihrer Politik zu tun!)

Zu Anfang, Frau Watermann-Krass, möchte ich ein Wort zum Waldverkauf sagen. Sie tun hier so, als wäre der Wald verschwunden, wenn er denn in anderen Händen ist. Ich komme aus einer Gegend, in der wir vorwiegend Privatwald haben. Es merkt kein Bürger, durch welche Wälder, durch welche Grundstücke er marschiert. Also, tun Sie nicht so, als wäre der Wald weg, und malen Sie vor allem hier nicht so ein Horrorszenario an die Wand, wie Sie das eben gemacht haben. Wer hat uns denn in diese Geschichte hereingerissen, dass der Wald

verkauft werden muss? Es ist doch Ihre Politik der Vorjahre gewesen, dass der Finanzminister Probleme hat, den Haushalt auszugleichen.

Meine Damen und Herren, es ist jedes Jahr die gleiche Litanei, die Sie von der Opposition hier anstimmen: Zu wenig Geld für Ihre Lieblingsprojekte, zu wenig Geld für Ihre Lieblingskinder, zu viel Geld für Ihre ungeliebten Kinder wie Landwirtschaftskammer und Flughafen Münster/Osnabrück, der ja immer wieder als Gegenfinanzierung erhalten muss.

Ich darf auch an den Kollegen Remmel ein Wort richten. Wenn man sich Ihre Anträge durchliest und die Gegenfinanzierung ansieht, schlagen Sie in diesen Zeiten vor, eine neue Steuer einzuführen. Sie wollen die Kiesabgabe einführen und 60 Millionen € erlösen, um Ihre Geschichten damit zu finanzieren. Wie passt das eigentlich zusammen? Auf der einen Seite beschweren sich Ihre Kollegen auf Bundesebene, es werde viel zu wenig getan, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen, und hier fordern Sie eine neue Steuer und machen genau das Gegenteil. Herr Remmel, das passt vorne und hinten nicht zusammen. Sie sollten sich das überlegen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie können auch hier in der Haushaltsdebatte das Gegenteil behaupten. Keine Landesregierung – der Minister und meine Kollegin Frau Fasse haben es gesagt – hat mehr im Bereich Verbraucherschutz, im Bereich Umweltschutz, im Bereich Naturschutz und für den ganzen ländlichen Raum getan.

Dieser Minister Eckhard Uhlenberg hat dafür gesorgt, dass die Lager, die im ländlichen Raum früher manchmal unversöhnlich gegenüberstanden – im Landschaftsgesetz spricht man da so schön von Schützern und Nutzern –, heute wieder miteinander arbeiten und unsere Umwelt und Natur gemeinsam begleiten. Das ist das, was der Minister in den vergangenen drei Jahren unter anderem erreicht hat. Freiwilligkeit vor Zwang, Vertragsnaturschutz statt Ordnungsrecht sind gerade in diesem Bereich eine wichtige Vorgabe.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Sätze zu den EU-Mitteln sagen, die in diesen Wochen und Monaten diskutiert werden. Im Landeshaushalt werden in diesem Jahr zur Kofinanzierung der EU-Mittel 3,6 Millionen € mehr eingestellt, sodass wir auf eine Summe von insgesamt 38 Millionen € kommen. Die EU-Kommission hat vor einigen Wochen beschlossen, die Modulationsmittel zu erhöhen. Wir haben immer gesagt: Wir wollen das nicht. Wir möchten, dass das Geld in den Betrieben bleibt und nicht erst wieder durch verschiedene Programme laufen und genehmigt werden muss. Wir sind mit unseren Forderungen nicht komplett durchgedrungen. Es ist nicht so schlimm geworden,

wie wir gedacht haben. Trotzdem ist es zu einer Erhöhung der Modulation gekommen.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Das ist kein zusätzliches, frisches Geld. Es ist den aktiven Landwirten vorher von den direkten Einkommenshilfen abgezogen worden. Wir werden jetzt versuchen, wieder mehr in den ländlichen Raum hineinfließen zu lassen. Wir werden als CDU/FDP-Fraktion dafür sorgen, dass dieses Geld – es handelt sich um 67 Millionen €, plus Kofinanzierungsmittel sind es fast 90 Millionen € – vorwiegend in die Bereiche Investitionsbeihilfen, in den Milchsektor, in die Problemgebiete fließt und dort einige Probleme abfedert. Das ist sehr wichtig. Es muss wieder in den Betrieben ankommen und darf nicht breit verteilt werden.

Vor einem Jahr hatten wir an dieser Stelle noch die Diskussion: Verwenden wir zu viel Energie darauf, um Energie vom Acker zu erzeugen? Innerhalb eines Jahres haben sich die Verhältnisse drastisch verändert. Die Erzeugerpreise haben sich fast halbiert, sodass wir wieder in der Diskussion sind, wie wir sie vor zwei, drei Jahren hatten. Wir halten viel davon, dass wir gerade auch den Landwirten in diesem Bereich weiterhin eine Zukunftsperspektive geben, um ihnen weiter die Energieerzeugung im landwirtschaftlichen Bereich zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, Agrarpolitik muss sich an langfristigen Zielen orientieren; sie darf sich nicht nach kurzfristigen Preisschwankungen richten. Das hat das Jahr 2008 sehr drastisch gezeigt. Wir werden daran zum Wohle der Menschen im ländlichen Raum weiterarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Ellerbrock noch einmal zu Wort gemeldet.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kollegen von der CDU fordern mich auf, noch einmal die Grundhaltung klarzumachen, weil die Kolleginnen und Kollegen der SPD das in meinem ersten Redebeitrag anscheinend noch nicht ganz verstanden haben.

Die Verweigerung, sich des eigenen Schuldenmachens zu erinnern, ist schon eine starke Leistung.

(Beifall von der FDP)

Frau Watermann-Krass, glauben Sie eigentlich, dass es insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen CDU Spaß macht, Wald zu verkaufen? Wir als FDP haben damit die wenigsten Schwierigkeiten. Wir wissen – vielleicht ist das für Sie neu –: Privater Wald speichert genauso viel CO₂ wie Staatswald.

(Beifall von der CDU)

Privater Wald unterliegt den gleichen Regelungen wie Staatswald.

(Svenja Schulze [SPD]: Aber wer bekommt das Geld daraus?)

Das ist vielleicht noch nicht angekommen, aber wirklich wahr.

Wissen Sie, warum wir das machen müssen? Weil wir einen Konsolidierungshaushalt – Konsolidierung heißt Ausgleichen – aufstellen müssen, da Sie in den letzten zehn Jahren 50 Milliarden € Schulden gemacht haben.

(Edgar Moron [SPD]: Jetzt machen Sie Schulden! – Weitere Zurufe)

Ihre Überschuldung in Höhe von 50 Milliarden € müssen wir abtragen!

(Edgar Moron [SPD]: Nein, ihr macht jetzt Schulden! – Weitere Zurufe)

Deswegen müssen wir das machen. Das ist ein eingeschränkter Lustgewinn für meine Kollegen.

(Beifall von der FDP)

Sie sind die Schuldenmacher; wir müssen sie abtragen. Wir stellen uns der Verantwortung.

(Beifall von der CDU)

Sie stellen laufend Anträge, mehr auszugeben, mehr Schulden zu machen. – Frau Schäfer, Sie lachen. Das kann ich mir vorstellen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Sie haben heute Morgen die Schulministerin angegriffen und gesagt: 104 % Lehrer habt ihr nicht erreicht. – Bei Ihnen wären 100 % ein Silberstreif am Horizont gewesen, den Sie nie erkennen konnten. Sie wollten 16.000 Lehrerstellen streichen.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Unsere Ministerin hat 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Ralf Witzel [FDP]: 7.000!)

Und Sie lachen. Diese Wirklichkeitsverweigerung ist peinlich.

(Beifall von FDP und CDU)

Und Sie stellen sich hierhin und machen so eine Nummer. Peinlich ist das.

Meine Damen und Herren, weiterhin wurde das Thema Wasser diskutiert. Der Kollege Rimmel hat auf die Probleme mit PFT hingewiesen. Hier muss man deutlich sagen, dass gerade die Vorgehensweise bei den perfluorierten Tensiden bundesweit anerkannt ist und bundesweit als Vorbild dient. Sie findet in Nordrhein-Westfalen in hohem Maße Akzeptanz. Das ist eine gute Sache. Herr Minister, wir haben nicht immer die gleiche Meinung. Aber das

haben Sie prima gemacht; das ist wirklich gut gelaufen.

Meine Damen und Herren, auf den Hochwasserschutz hat schon die Kollegin Fasse hingewiesen. Er ist existenziell wichtig.

Vielleicht werden wir den Problembereich der Privatisierungsoption im Abwasserbereich in dieser Legislaturperiode noch angehen. Wir haben ihn im Landeswassergesetz noch nicht gelöst, weil wir verhindern wollen, dass die Bürger höheren finanziellen Belastungen ausgesetzt werden. Wir wollen, dass die Kommunen entscheiden, ob sie die Aufgabe selbst übernehmen, ob sie sich Privater bedienen oder ob sie sie auf die sondergesetzlichen Verbände übertragen wollen.

Wir haben uns geeinigt, auf das zu warten, was die EU will. Nach Auffassung der EU ist Wasser zwar eine Handelsware, aber keine übliche Handelsware. Wenn man in andere Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Sachsen schaut, sieht man, dass das zum Wohle der Bevölkerung geregelt ist. Vielleicht bekommen wir die Gebühren in diesem Bereich noch etwas besser hin.

Die Luftreinhaltepläne wurden und werden breit diskutiert.

(Der Redner trinkt einen Schluck Wasser.)

– Das ist übrigens Wasser aus der Leitung; das ist auch gut.

Luftreinhaltepläne können wir nur da aufstellen, wo sie wirklich zwingend sind und nicht mit Übermaßverbot kollidieren. Wir sollten die Luftreinhaltepläne nicht überhöhen. Sie sind eine einzige von 80 Maßnahmen eines Luftreinhalteplanes.

Diese Landesregierung hat durch die Luftreinhaltepläne, die von den Bezirksregierungen aufgestellt wurden, deutlich gemacht, dass es um ein Gesamtkonzept geht. 2010 wird gemessen. 2011 wird ergebnisoffen überprüft: Können die Umweltzonen abgeschafft werden? Müssen sie größer werden? Müssen sie mehr Auflagen haben? – Das ist ein ganz vernünftiges Vorgehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich höre von den Kollegen von der SPD, welche Zukunftsvisionen und welche Horrorvisionen es gibt. Frau Watermann-Krass hat sie für die SPD aufgezeigt. Frau Watermann-Krass, nur jemand, der sich selbst solchen Gedanken hingibt, wird fähig sein, solche Gedanken anderen zu unterstellen.

(Widerspruch von der SPD – Frank Sichau [SPD]: Die Gedanken sind frei! – Weitere Zurufe)

Deshalb ist es sehr bezeichnend, was Sie eben gesagt haben.

Zu den Anträgen: Die SPD stellt keine Änderungsanträge. Sie enthält sich bei sämtlichen Änderungs-

anträgen der Grünen. Sie will die Beratungen vertagen. Dann will sie die Beratungen noch einmal auf die Tagesordnung setzen und kommt mit fünf Anträgen, um hier, da und dort zu erhöhen. Sie hat kein Gesamtkonzept und keine Ideen.

Herr Kollege Remmel, ich hatte gerade die SPD geziehen, mit ihren Anträgen zum Haushalt konzeptions-, ideen- und fruchtlos zu sein.

(Zurufe von der SPD)

Ich muss Ihnen zugestehen, dass in Ihren Anträgen eine Menge Ideen stecken. Aber was für welche!

(Heiterkeit von CDU und FDP)

7,5 Millionen € für den Start eines Sonderprogramms zur Erschließung der großen Win-win-Potenziale bei der Material- und Ressourceneffizienz. Herr Kollege Remmel, im Grundkurs I im BWL-Studium – Stichwort: Materialwirtschaft – geht es um Optimierung. Diese Erschließung wollen Sie fördern, indem Sie sagen, bei Win-win müsste das Land etwas ausgeben, was schon systemimmanent im Begriff der Material- und Ressourcenwirtschaft steckt.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Fragen Sie einmal Ihren Minister; der weiß ein bisschen mehr dazu!)

Nee, Herr Kollege, das ist nicht.

Streichung der Landesgartenschau: Das fanden wir auch nicht so gut.

Das Nächste ist die Erhöhung des Ansatzes für die Entschädigung für Schäden durch Gänse und Kormorane von 1 Million € auf 3 Millionen €! – Meine Damen und Herren, erst machen wir ein Programm für den Schutz, dann zur Beseitigung der Schäden, die durch den Schutz hervorgerufen worden sind? – Kollege, das ist nicht machbar. Das wissen wir doch.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ideen haben Sie haufenweise gehabt. Das unterschreibe ich Ihnen. Aber was für Ideen!

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Diese Haushaltsberatungen waren für mich ernüchternd – die Vorstellung, die Sie heute geboten haben, indem Sie mit Larmoyanz immer weitere Ausgaben gefordert und dabei die eigenen Schulden vergessen haben, der Versuch, Ihre eigenen Versäumnisse auf diese Landesregierung zu überwälzen.

Herr Minister, ich finde Ihre Umweltpolitik nicht nur tragbar, sondern ich finde sie gut. Dort, wo wir Meinungsunterschiede haben, werden wir uns weiterhin zusammenraufen. – Schönen Dank!

(Beifall von FDP und CDU – Annette Watermann-Krass [SPD]: Das war die Rede vom letzten Jahr, Herr Ellerbrock!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Damit können wir zur Abstimmung kommen. Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 ab.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8466**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Bei Enthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Sagel ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag Drucksache 14/8467** ist wiederum von der SPD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Der fraktionslose Kollege Sagel enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag Drucksache 14/8468** stammt ebenfalls von der SPD. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind SPD und Grüne. Stimmt jemand dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8469** ab. Wer will diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD und der Kollege Sagel enthalten sich. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag Drucksache 14/8470** kommt wiederum von den Grünen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Grünen, die SPD und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8471** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind SPD, die Grünen und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der nächste Antrag ist ein **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8472**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält

sich? – Das sind die SPD und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Der nächste Antrag, über den wir abstimmen, ist der **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8473**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag Drucksache 14/8474** kommt von der Grünen-Fraktion. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8475**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD und Herr Sagel enthalten sich. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag Drucksache 14/8476** ist wiederum von den Grünen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Dieser Änderungsantrag ist damit mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** von der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8477**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die SPD, die Grünen und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Änderungsantrag** der Grünen-Fraktion **Drucksache 14/8478**. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Grünen und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag Drucksache 14/8479** ist der letzte zum Einzelplan 10. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der Grünen zu? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD und Herr Sagel haben sich enthalten. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende der Einzelabstimmungen und kommen zur Gesamtabstimmung zum Haushalt des Einzelplans 10. Wer möchte der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8010** zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 10 beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/8004 sowie Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Es spricht als erster Redner zu diesem Haushaltsplan für die SPD-Fraktion Herr Kollege Sichau.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heiße Luft im vierten Jahr! Wiederum kaum etwas von Ihren großspurigen Versprechungen von vor der Wahl 2005, obwohl – wir haben es hier schon oft diskutiert – die finanzielle Situation viel günstiger war.

Um ein Wort des Propheten Jesaja aufzugreifen: Ein Restchen davon ist jedoch geblieben. Die Rede ist davon, dass die Koalitionsfraktionen 90 Stellen für Richter und Staatsanwälte ausgebracht haben. Das Justizministerium hat das sogar in einer eigenen Pressemitteilung gefeiert. Im Rechtsausschuss dagegen war davon noch gar keine Rede.

Nur, schauen Sie auf die Finanzierung: Per globaler Minderausgabe soll das finanziert werden. Das ist nicht unproblematisch. Denn das Risiko ist gegeben, dass ein Loch aufgerissen wird, um damit ein anderes Loch zu stopfen. Zugleich ist mit einer solchen Finanzierung für alle Beteiligten ganz deutlich: Mehr ist nicht drin! Damit sind alle Versprechungen beerdigt.

Im Übrigen, Frau Ministerin, fehlt hier im Haushaltsplan eine gewisse Trennschärfe zwischen Richtern und Staatsanwälten auf der einen Seite und Beamten des höheren Dienstes auf der anderen Seite, sodass man das nicht immer ganz genau nachvollziehen kann.

Ansonsten machen Sie auch in Diskussionen im Ausschuss immer wieder geltend, dass Sie kw-Vermerke an Stellen für Richter und Staatsanwälte aufgehoben haben. – Okay, nur ist damit keine einzige neue Stelle geschaffen worden. Im Übrigen haben das Schieben und auch das Aufheben von kw-Stellen eine lange Tradition, römisch gespro-

chen: „Nihil novi sub luna.“ Das heißt: „Nichts Neues unter dem Mond“.

Apropos Staatsanwaltschaften: In Sachen Zumwinkel sind Sie bezüglich des verfassungsmäßigen Informationsrechts des Parlaments noch eine Antwort schuldig. Wie sah die Absprache zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung aus? Eine Antwort wie „Ist mir nicht bekannt“ ist da unzureichend.

Ob die Staatsanwaltschaft Bochum – wenn wir schon dabei sind – eher ein Augiasstall ist: Diese Klärung steht im Übrigen auch noch aus. Ich hätte mir von Herrn Generalstaatsanwalt P. gewünscht, dass er als früherer Behördenleiter die Prüfung von sich aus abgegeben hätte.

Ich komme nun zu den zusätzlichen Vollzugsbediensteten nach der Siegburger Tragödie. Der Bau der viel zu großen Jugend-JVA in Wuppertal-Ronsdorf rückt näher, ebenso wie die viel zu große Erweiterung der Jugend-JVA Heinsberg.

Wir werden dann sehen, wo der jetzt in Ausbildung befindliche Zuwachs bleibt; denn dort werden natürlich ausgebildete Bedienstete gebraucht, und zwar mehr, als in den bisher vorhandenen Anstalten gearbeitet haben – zumal diese weitgehend am Netz bleiben.

Dabei bleibt zusätzlich die Frage, wie viele der zusätzlichen Stellen überhaupt besetzt sind. Sind es 40 %, 60 %, oder wie viele sind es?

Angemerkt sei an dieser Stelle noch Folgendes: Die Transparenz, die nach Siegburg entstand, ist schnell auf der Strecke geblieben. Der schlimme Vorfall in Gelsenkirchen ist ein Beleg dafür.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das war doch viel früher!)

– Siegburg war nicht früher, Herr Schmitz. Das Datum von dem, was in Siegburg geschah, steht fest. Das, was danach passieren sollte, ist auch klar. Ich denke nicht, dass wir dahinter zurückwollen. Aber wenn Sie das wollen, müssen Sie das sagen.

Inzwischen – damit komme ich zu einem weiteren Punkt – ist von bis zu 55 % Suchtkranken im Strafvollzug die Rede. Dazu passt unser kleiner, aber mit Deckung versehener Antrag zur Drogenhilfe genau. Sie könnten dem eigentlich nur zustimmen; denn nach dem Kahlschlag bei den Suchtkrankenhilfestellen im Gesundheitshaushalt ist im Justizhaushalt nur ein Teilausgleich erfolgt.

(Helmut Stahl [CDU]: Viel mehr, viel mehr!)

– Nein, darüber haben wir schon so oft diskutiert. Nehmen Sie einmal den Rechenstift zur Hand. All das, was Sie jetzt versuchen, ist nichts anderes als pure Gaukelei. Es ist unter dem Strich nach wie vor weniger.